

## **Die Antworten der Listen- und Einzelbewerber für den Ahauser Stadtrat auf unsere Anfrage (in der Reihenfolge des Eingangs):**

### **Bewerberlisten:**

#### **UWG:**

- Inwieweit stimmen Sie den Forderungen der Bürgerinitiative für die zu erwartende Langzeitlagerung von hochradioaktivem Atommüll in Ahaus zu (komplett – in Teilen – überhaupt nicht)?
- Komplett! Wir unterstützen die genannten Forderungen bzgl. einer höchstmöglichen Sicherheit für Mensch und Umwelt – jetzt und für die nächsten Jahrzehnte.
- Falls in Teilen oder überhaupt nicht: Was sind die Gründe dafür und was sind ggf. Ihre Alternativvorschläge?
- Nicht zutreffend
- Wird das Thema „Langzeitlagerung von hochradioaktivem Müll in Ahaus“ für Ihre Fraktion/für Sie als Ratsmitglied in der kommenden Wahlperiode eine wichtige Rolle spielen? Inwieweit werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Stadtrat die Forderungen der Bürgerinitiative zur Langzeitlagerung übernimmt/unterstützt?

Ja, das Thema wird für uns in der kommenden Wahlperiode eine zentrale Rolle spielen. Resolutionen und Anträge werden wir unterstützen und die Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen der Bürgerinitiative weiterhin mit Interesse verfolgen.

### **Die Linke:**

Die Linke Ahaus unterstützt die Forderungen der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ in nahezu allen Punkten. Die geplante „verlängerte Zwischenlagerung“ ist für uns nichts anderes als der Einstieg in eine faktische Dauerlagerung – und damit in eine Verantwortung, die über Generationen hinweg reicht, ohne dass eine sichere Endlösung in Sicht ist.

Keine Verlängerung im Bestand – neues Verfahren notwendig

Wir lehnen eine einfache Verlängerung der bestehenden Genehmigung ab. Jede weitere Lagerung über das Jahr 2036 hinaus muss auf einem neuen Genehmigungsverfahren basieren, das sich am aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik orientiert. Dieses Verfahren muss:

- auf maximal 20 Jahre befristet werden,
- umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung und juristische Einspruchsmöglichkeiten garantieren,
- regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen festschreiben.

Technische und bauliche Sicherheit

Die Sicherheit darf nicht allein auf theoretischen Berechnungen basieren. Es braucht ein unabhängiges Forschungsprogramm, das alle Behältertypen und Inhalte untersucht.

Das bestehende Lagergebäude in Ahaus entspricht nicht den heutigen Anforderungen – insbesondere die unzureichende Wand- und Deckenstärke des oberen Gebäudeteils (teilweise nur 20 cm) ist inakzeptabel. Wir fordern entweder:

- einen Neubau mit massiver baulicher Ausführung (mindestens Wand- und

Deckenstärken wie beim Zwischenlager Lubmin mit 1,70 m), oder

- eine oberflächennahe, verbunkerte Untergrundlagerung, wie sie von Fachleuten bereits vorgeschlagen wurde.

Klare Grenzen für Transporte und Arbeiten vor Ort

- Keine weiteren Transporte hochradioaktiven Atommülls nach Ahaus – insbesondere nicht aus Jülich oder Garching.
- Keine Errichtung oder Genehmigung einer „Heißen Zelle“ in Ahaus.
- Keine Reparaturarbeiten vor Ort, die eine Öffnung der Castor-Behälter erfordern.
- Behälter mit defektem Dichtungssystem müssen umgehend an einen dafür ausgerüsteten Standort abtransportiert werden.

Sicherheitsnachweise gegen neue Gefahrenlagen

Die Sicherheits- und Sicherungsnachweise müssen stets an die aktuelle Bedrohungslage angepasst werden – dazu zählen moderne Waffensysteme, Cyberangriffe und sich verändernde geopolitische Risiken. Dabei muss auch das Lagergebäude selbst aktiv zur Sicherung beitragen, nicht nur die Behälter.

Politische Verantwortung und Transparenz

Wir fordern, dass der Stadtrat Ahaus regelmäßig über den Zustand der Lagerung, Sicherheitsüberprüfungen und geplante Veränderungen informiert wird. Die Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig und umfassend in alle Entscheidungen einbezogen werden.

Bedeutung für die kommende Wahlperiode

Das Thema Langzeitlagerung in Ahaus wird für Die Linke Ahaus auch in der nächsten Wahlperiode eine zentrale Rolle spielen. Wir werden im Stadtrat alles daran setzen, dass die Forderungen der Bürgerinitiative politisch, rechtlich und organisatorisch durchgesetzt werden. Dazu gehören:

- Initiativen für formale Ratsbeschlüsse gegen die geplante Dauerlagerung.
- Unterstützung möglicher Klagewege gegen neue Genehmigungen, solange die geforderten Standards nicht erfüllt sind.
- Zusammenarbeit mit Bürgerinitiative, Umweltverbänden und anderen Kommunen, die von ähnlichen Problemen betroffen sind.

Unser Ziel ist klar: Ahaus darf nicht zum Endlager werden. Wir stehen für eine Politik, die den Schutz von Mensch, Umwelt und künftigen Generationen über wirtschaftliche oder organisatorische Bequemlichkeiten stellt. Die bisherige Atompolitik in Deutschland hat gezeigt, dass „Zwischenlager“ schnell zu Dauerlösungen werden. Wir werden uns mit aller Kraft dagegenstellen, dass Ahaus in diese Falle gerät.

## **SPD:**

die Positionierung der BI in dem Schreiben vom 15.08.2024 ist sehr umfangreich und detailliert.

Wir werden jetzt nicht zu jeder Position Stellung beziehen.

Die für uns wesentlichen Sachverhalte stellen sich wie folgt dar:

Der Sicherheitsaspekt ist der Maßstab für unsere Überlegungen und unser bisheriges und zukünftiges Handeln als Ahauser SPD, als Ortsverein und als Stadtratsfraktion, und das nicht nur für Ahaus.

Die Atommüllproblematik kann und darf nicht nach dem St. Florians Prinzip behandelt werden. Da sind wir mit Euch einer Meinung.

Wir als Ahauser SPD sehen uns schon in besonderer Verantwortung für die Ahauser Bürgerinnen und Bürger.

Aber bei diesem Thema eben nicht nur. Deswegen halten wir eine ergebnisoffene Endlagersuche für unabdingbar. Und da darf sich niemand aus der Verantwortung stehlen.

Auch dass es in Ahaus nicht zum Bau einer „Heißen Zelle“ kommen darf, unterstützen wir vollumfänglich. Schutzmaßnahmen gegenüber terroristischen und kriegerischen Angriffen müssen stets aktuell gehalten werden. Uns ist allerdings nicht klar, was ihr mit Sicherungsnachweisen meint. Die Schutzmaßnahmen können kaum offen gelegt und diskutiert werden!

Durch die gegenwärtigen Ereignisse (geplante Castortransporte aus Jülich und Garching) ist klar, dass diese Thematik die zukünftige Fraktion und den Ortsverein intensiv beschäftigen wird.

### **CDU:**

Wie Sie wissen, besteht bei allen derzeitigen Ratsfraktionen Konsens in der Frage der Einlagerung von Atommüll.

Es war die CDU-Fraktion, die im Juli 2016 als Reaktion auf eine damalige Genehmigungsentscheidung des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) eine Sondersitzung des Rats einforderte und in diesem Zuge die Klagen gegen die Einlagerung der Jülicher Castoren auf den Weg brachte. Die Ratsentscheidungen seitdem zum Thema Castortransporte und Atommüll sind allesamt einstimmig erfolgt, so dass es auf kommunaler Ebene keinen Dissens gibt.

### **Bündnis 90/Die Grünen:**

vielen Dank für Eurer Positionspapier sowie Euren unermüdlichen Protest gegen die Einlagerung von Atommüll in der Region. Wir wissen: Ohne das jahrzehntelange Engagement der Bürgerinitiative gäbe es in Ahaus längst noch mehr Einlagerungen, noch weniger Transparenz und noch mehr Akzeptanzdruck auf die Bevölkerung. Dafür möchten wir ausdrücklich unseren Respekt aussprechen.

Im Folgenden nehmen wir Stellung zu Euren Fragen:

1. Stimmen Sie den Forderungen der Bürgerinitiative zur Langzeitlagerung zu?

Ja – wir stimmen den Forderungen des Positionspapiers in weiten Teilen ausdrücklich zu.

Aus unserer Sicht ist klar: Eine Verlängerung der Lagerdauer über 2036 hinaus darf keinesfalls einfach durchgewunken werden.

Stattdessen braucht es ein neues Genehmigungsverfahren mit:

- höchsten Sicherheitsanforderungen auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik,
- einer vollständigen Öffentlichkeitsbeteiligung und
- einer unabhängigen Sicherheitsüberprüfung der Castor-Behälter über Jahrzehnte hinweg.

Wir gehen davon aus, dass unter diesen Voraussetzungen eine fortgesetzte Lagerung von Atommüll in Ahaus nicht genehmigt werden kann. Zudem schließen wir uns Eurer Forderung an, dass keine Wartung oder Reparatur von Castor-Behältern am Standort Ahaus durchgeführt werden darf. Die dafür nötige Technik, Sicherheit und Rückführungsmöglichkeit fehlen. Auch dass die BGZ heute schon offen über eine „Lagerung bis ins nächste Jahrhundert“ spricht, ohne eine konkrete Strategie für Rücknahme, Vermeidung weiterer Einlagerungen oder Beteiligung der Stadt Ahaus vorzuweisen, halten wir für inakzeptabel.

## 2. Was wären Ihre Alternativvorschläge (sofern Ablehnung in Teilen)?

Wir sehen keine inhaltlichen Widersprüche zu Eurem Papier. Im Gegenteil: Wir möchten Eure Position politisch noch schärfen, indem wir sie konsequent mit Forderungen an die Bundespolitik verbinden. Denn:

- Es braucht eine grundlegende Neubewertung der Einlagerungspolitik durch den Bund – inklusive der klaren Zusage, keine weiteren Transporte nach Ahaus zuzulassen.
- Die Endlagersuche darf nicht länger verschleppt werden. Was derzeit als "Zwischenlösung" verkauft wird, ist längst ein Verschiebebahnhof auf Kosten der Sicherheit und Glaubwürdigkeit.
- Für neue Langzeitszenarien muss der Bund vollumfänglich Verantwortung übernehmen – auch finanziell.

## 3. Wird das Thema in der kommenden Wahlperiode eine Rolle spielen?

Ja – ganz klar. Wir GRÜNE in Ahaus werden das Thema Langzeitlagerung, Transportvermeidung und Atommüllsicherheit in der kommenden Wahlperiode mit Nachdruck auf die kommunalpolitische Tagesordnung setzen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Stadtrat:

- keiner Verlängerung der Lagergenehmigung ohne neues Verfahren zustimmt,
- sich aktiv gegen weitere Transporte nach Ahaus positioniert,
- und sich gegenüber Bund und Land dafür starkmacht, dass die Sicherheits- und Beteiligungsforderungen der Bürgerinitiative umgesetzt werden.

Zudem möchten wir auch die kommunale Öffentlichkeit besser einbinden – durch mehr Transparenz, Veranstaltungen, Bürgerdialoge und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort.

Abschließend: Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bürgerinitiative den Finger weiter in die Wunde legt – und wir sagen Euch unsere Unterstützung dabei zu. Ahaus darf kein Atomklo für ganz Deutschland bleiben. Und solange die Bundespolitik sich um Verantwortung drückt, braucht es kommunale Stimmen, die klar Haltung zeigen. Wir sind bereit, diese Stimme weiterhin zu sein.

## **WSA:**

- Inwieweit stimmen Sie den Forderungen der Bürgerinitiative für die zu erwartende Langzeitlagerung von hochradioaktivem Atommüll in Ahaus zu (komplett – in Teilen – überhaupt nicht)?

Die WSA stimmt der Forderung der BI voll und ganz zu. Es darf und kann nicht sein, dass Ahaus defacto zum Endlager erklärt und gemacht wird, alles so langsam aber sicher durch die Hintertür. Auch die SPD steht nicht zu ihrem Wort,

die Laufzeit des Zwischenlagers nicht zu verlängern. Es ist sowohl bei den Regierungsparteien von CDU, SPD sowie auch bei den in NRW mitregierenden Grünen zu erkennen, hier das gegebene Wort zu halten.

- Falls in Teilen oder überhaupt nicht: Was sind die Gründe dafür und was sind ggf. Ihre Alternativvorschläge?

Wir stimmen den Forderungen der BI voll und ganz zu. Erklären uns voll solidarisch mit dem Anliegen und den Forderungen der BI Ahaus-

- Wird das Thema „Langzeitlagerung von hochradioaktivem Müll in Ahaus“ für Ihre Fraktion/für Sie als Ratsmitglied in der kommenden Wahlperiode eine wichtige Rolle spielen? Inwieweit werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Stadtrat die Forderungen der Bürgerinitiative zur Langzeitlagerung übernimmt/unterstützt?

Wir werden uns voll und ganz dafür einsetzen, das Ahaus weder zu einem Langzeitlager noch einem defacto Endlager wird. Ich habe seit 1979 gegen die Zwischenlagerung gekämpft und werde es auch im Rahmen der Möglichkeiten weiterhin machen. Es gibt keine Abweichung vom Thema und von der Einstellung gegen die Lagerung in Ahaus.

## **Einzelbewerber:**

### **Tobias Groten:**

Liebe Verantwortliche der BI,

vielen Dank für Ihre Anfrage! Ich freue mich sehr, dass Sie mich bei Ihren Überlegungen berücksichtigt haben. Tatsächlich kandidiere ich am 14. September für den Rat der Stadt Ahaus.

Als Einzelbewerber trete ich allerdings lediglich in einem der 21 Wahlbezirke an. Damit bin ich nur für weniger als fünf Prozent der Wählerinnen und Wähler überhaupt eine zumindest theoretische Option. Da ich keiner Partei angehöre, findet man meine Positionen auch nur auf einem von 84 verschiedenen Stimmzetteln. Es wäre daher nicht angemessen, hier „auf Augenhöhe“ mit den mehr oder weniger etablierten Parteien zu agieren – zumal eine einzelne Stimme im Stadtrat weder ein Wahlprogramm noch konkrete Versprechungen rechtfertigt.

Natürlich ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen, für was jemand steht, den sie wählen. Das werde ich den wenigen Menschen, bei denen mein Name auf dem Wahlzettel steht, allerdings persönlich vermitteln.

Ich hoffe, Sie können meine Entscheidung, Ihre Fragen nicht zu beantworten, nachvollziehen und auch respektieren. Gleichwohl freue ich mich auf die Statements der Parteien und Wählergemeinschaften zu diesem wichtigen Themenkomplex. Sie tragen hier die Verantwortung und müssen dazu ja eine klare Haltung haben.